



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVII/22 - 26. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 486 880

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Sorgen der Soldaten</u> Zur Frage der Wehrdienstverlängerung Von Christian Götz	71
2a	<u>Eine seltsame Sendung</u> OAS-Propaganda im deutschen Rundfunk	25
2a	<u>Und dies mitten in Europa ...</u> Trauer in Südtirol - Ein offener Brief südtiroler Frauen	28
3	<u>14 Forderungen ohne praktischen Wert</u> Der linke Flügel der CDU und die Koalition. Von Fritz Zschiesche	39
4 - 5	<u>Sowjetdeutsche gehören nicht zum deutschen Volk?</u> Moskauer "Neues Leben" bezeichnet sie als selbständige Völkerschaft	69
6 - 7	<u>Konzentration der Köpfe</u> Herr von Massol führt aus der Haut	57

* * * *
* * *

Sorgen der Soldaten

Von Christian Götz

In seiner für die SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag zur Frage der Wehrdienstverlängerung abgegebenen Stellungnahme hat der Abgeordnete Erler ganz besonders betont, wie notwendig es sei, die Ungerechtigkeit auszugleichen, die darin besteht, daß ein Teil der jungen Staatsbürger jetzt sogar 18 Monate Wehrdienst ableisten sollen, während sehr viele ihrer Altersgenossen von dieser Maßnahme in keiner Weise betroffen werden oder doch nur 12 bzw. 15 Monate dienen.

Nach den noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen können sich 12 Monate dienende Wehrpflichtige freiwillig für eine Dienstzeit von 18 Monaten verpflichten. Sie gelten dann als Soldaten auf Zeit und erhalten für die zusätzlichen sechs Monate Wehrdienstzeit Freiwilligenbezüge.

Nach der Einführung einer 18monatigen Grundwehrdienstzeit wird es diese Möglichkeit natürlich nicht mehr geben.

Als e i n e Maßnahme, einen gewissen Ausgleich zu schaffen, schlug Fritz Erler vor, den von der Verlängerung betroffenen Wehrpflichtigen für die letzten sechs Monate ihrer Dienstzeit die gleichen Bezüge zu zahlen, die früher die sich freiwillig auf 18 Monate weiterverpflichtenden Soldaten erhielten. Diese Anregung erhält unter folgender Gesichtspunkt besondere Bedeutung.

Innerhalb der Bundeswehr wird es nach einer vom Bundestag beschlossenen Wehrdienstverlängerung folgende unterschiedlich besoldete Gruppen von Wehrpflichtigen geben:

- * 1. Wehrpflichtige, die am 1.1.1961 mit der Ableistung ihres einjährigen Wehrdienstes begannen. Sie müssen bis Ende März 1962 eine zusätzliche Wehrübung ableisten. Neben ihrem Wehrgeld erhalten sie in den drei Monaten ein Übungsgeld oder auf Antrag eine Verdienstausfallentschädigung in Höhe von 80 % (bei verheirateten Soldaten) bzw. 60 % (bei unverheirateten Soldaten) des früheren Nettoeinkommens.
- * Ein 21jähriger lediger Gefreiter würde somit, selbst wenn er keinen Antrag auf Verdienstausfallentschädigung stellt, monatlich 243,- DM (87,- DM Wehrgeld und 156,- DM Übungsgeld) erhalten.
- * 2. Wehrpflichtige, die am 1.3.1961 mit der Ableistung ihres einjährigen Grundwehrdienstes begannen und sich für weitere sechs Monate weiterverpflichteten. Sie erhalten in den letzten Monaten ihrer Dienstzeit ein Freiwilligengehalt. Dieses

- * beträgt bei einem ledigen Gefreiten ca 320,-- DM netto. Davon
- * muß allerdings noch ein Verpflegungsgeld in Höhe von 82,50 DM
- * bezahlt werden.
- * 3. Wehrpflichtige, die am 1.4.1961 mit der Ableistung ihres ein-
- * jährigen Grundwehrdienstes begannen. Nach dem Gesetzentwurf
- * verlängert sich ihre Grundwehrdienstzeit um drei Monate. Die-
- * se gelten n i c h t, wie bei den am 1.1.1961 eingezogenen
- * Soldaten als Wehrübung. Für diese drei Monate erhalten die
- * Soldaten lediglich einen erhöhten Wehrsold. Er würde für den
- * Gefreiten monatlich 96,-- DM betragen.
- * 4. Wehrpflichtige, die am 1.7.1961 mit der Ableistung ihres Wehr-
- * dienstes begannen. Sie müssen erstmalig 18 Monate dienen und
- * erhalten lediglich für die letzten sechs Monate erhöhten Wehr-
- * sold.

Diese Darstellung zeigt, daß es nach den geplanten gesetzlichen Bestimmungen bei den Soldaten, die 15 Monate dienen müssen, zwei unterschiedlich besoldete Gruppen geben wird. Genauso ist es bei den Soldaten, die 18 Monate dienen.

Aus der Sicht der Soldaten ist aber besonders kritisch zu sehen, daß die Wehrpflichtigen, die erstmalig 18 Monate dienen müssen, gleich doppelt belastet werden. Einmal durch die längere Dienstzeit und zum anderen durch eine wesentlich schlechtere Besoldung im Vergleich zu den Soldaten, die eine zusätzliche Wehrübung ableisteten oder von der Möglichkeit Gebrauch machten, sich freiwillig für 18 Monate zu verpflichten.

Deshalb werden Verteidigungsausschuß und Bundestag nach Wegen suchen müssen, einen finanziellen Ausgleich für die Soldaten, die von der Wehrdienstverlängerung betroffen sind, zu schaffen. Das ist zumindest für eine Übergangszeit erforderlich, in der die verschiedenen Gruppen nebeneinander Dienst bei der Bundeswehr tun. Dadurch kann berechtigte Unzufriedenheit und Unruhe bei den Soldaten vermieden werden.

Außerdem ist es eine Möglichkeit, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß es dem Bundestag mit seiner gemeinsam vertretenen Auffassung, daß die Lasten der Verteidigung gerecht und nach der Leistungsmöglichkeit des einzelnen verteilt werden müssen, ernst ist.

Eine seltsame Sendung

Bat. - Das französische Innenministerium hat bekanntgegeben, daß die französischen Zeitungen künftig weder Aufrufe des OAS noch Wiedergaben der illegalen Rundfunksendungen veröffentlichen dürfen. Es handelt sich um eine Maßnahme, die man nur unter dem Blickpunkt der Abwehr gegen eine Terroristen-Organisation sehen darf, eine Maßnahme, die dem Schutz der französischen Bevölkerung dient. Die Zwangsartikulate der rechtseradikalen Terrororganisation OAS haben die französische Öffentlichkeit in Schrecken und Empörung versetzt.

Jeder weiß, wie notwendig es ist, den Krieg in Algerien zu beenden. Jeder weiß, daß die OAS der eigenen Regierung und der europäischen Demokratie in den Rücken fällt. Jeder weiß, daß es sich bei der OAS, die seit Wochen jeden Tag und jede Nacht Blut vergießt und den Plastikbombebeschrecker verbreitet, um eine faschistische Terrororganisation handelt.

Um so erstaunlicher war eine WDR-Sendung, in welcher ein Spezialist für Nordpropaganda zu Worte kam und in welcher man zwar von einem "faschistischen Flügel in der OAS" sprach und so tat, als gebe es andere OAS-Flügel, zusammengesetzt aus guten Franzosen, guten Europäern und mehr oder weniger guten Demokraten.

Der sich "Oberst Delta" nennende Nordhute und Futschist wagte es im deutschen Rundfunk, die OAS so darzustellen, als handele sie im Interesse Europas als auch im Interesse des deutschen Volkes. Wenn der Kölner Rundfunk solche Töne zuließ, informierte er nicht mehr - allseitige Information ist seine Pflicht -, sondern gab er eine Propaganda-Tribüne her.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß - wie das oben meldet -, französische Stellen ihre Mißbilligung nicht verhehlen.

+ - +

Und dies mitten in Europa

sp - Grauenvolle, das Gewissen aller guten Europäer erschütternde Folterungen sind geschehen, begangen von italienischer Polizei an verhafteten Südtirolern. In Südtirol herrscht Trauer. Ungezählte Familien bangen um das Schicksal ihrer Angehörigen, die unvorstellbaren Qualen ausgesetzt sind. Viele sind für ihr ganzes Leben durch die Marterungen gezeichnet. In einem aus dem Kerker geschmuggelten Brief heißt es:

- * Als ich in den Kerker kam, schaute mancher schrecklicher aus am
- * ganzen Körper als Christus nach der Geißelung. Vielen hat man die
- * Haut mit der Kneifzange zusammengezwickelt, so daß man noch heute
- * die Narben sieht. Nicht zu sprechen von den bestialischen, sata-
- * nischen Verspottungen und Verhöhnungen besonders der Genitalien,
- * da die meisten spätternacht verhöhnt, verspottet und gemartert
- * wurden... Man hat mich nackt ausgezogen, über einen Tisch gelegt,
- * mit dem Kopf nach unten, und schüttete mir drei volle Stunden
- * Salzwasser, vielleicht mit einer Säure gemischt, in den Mund und
- * Nase, daß man fast jede Minute glaubte, ersticken zu müssen, und
- * das immer solange, bis man ohnmächtig war. Man schlug mich dann
- * nieder, und dann ging es immer wieder auf ein Neues. Man steckte
- * mir brennende Zigaretten in die Nasenlöcher und auf die Stirn,
- * wo man noch heute die Brandwunden erkennen kann, - ... So ging
- * es mir, mehr oder weniger zehn Tage, bis man mich wieder ins So-
- * zener Gefängnis brachte.

Dies geschieht mitten im Herzen Europas in einem Lande, das auch die Konvention der Menschenrechte unterschrieben hat. Das Verlangen von 75 südtiroler Frauen nach Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Rom ist nur allzu berechtigt. Die italienische Regierung sollte sich diesem Verlangen nicht widersetzen. Das südtiroler Drama wird zu einem europäischen Skandal. - + -

14 Forderungen ohne praktischen Wert

Von Fritz Zschiesche

Kurz vor der Regierungserklärung der CDU/CSU-FDP-Koalition erregte die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft Aufsehen mit einem sozial- und wirtschaftspolitischen 14-Punkte-Programm, zu dessen Verwirklichung sie im Interesse der Arbeitnehmer sicher in wesentlichen Teilen mit einer starken Unterstützung durch die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten hätten rechnen können. Der Sprecher des sogenannten linken Flügels der CDU, Hans Katzer, versuchte hierdurch seinem während der Koalitionsverhandlungen ("Wer ist schon Herr Katzer?") ramponierten Prestige wieder Ansehen zu verschaffen. Wie gering allerdings sein Einfluß und der seiner etwa 50 Arbeitnehmerkollegen in der CDU/CSU ist, zeigt ein Vergleich dieser 14 Forderungen mit den entsprechenden innenpolitischen Teilen der Regierungserklärung. Allein zehn davon sind in der Regierungserklärung entweder gar nicht erwähnt oder nur sehr vage angedeutet enthalten. So groß oder besser so klein ist also die Möglichkeit, die Interessen der Arbeitnehmer in der praktischen Politik der CDU/CSU zum Tragen zu bringen.

Diese im Gegensatz zu den gegebenen Wahlversprechen stehende Tatsache mag man bedauern, aber überraschen sollte sie eigentlich niemand. Und wenn Herr Katzer am Ende eines in der "Sozialen Ordnung" 1/1962 angeestellten Vergleichs beschwörend feststellt, daß es von der politischen Aktivität der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft abhängt, wie weit sie über den Bundestag die Politik der nächsten vier Jahre mitgestaltet, so verrucht er nur wieder einen nicht vorhandenen Einfluß vorzutäuschen und dadurch erneut den Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen.

Hierüber wird es in den Gesprächen am Arbeitsplatz unter den Arbeitnehmern lebhaft diskutiert. Sie wissen nur zu gut, daß die CDU/CSU-Abgeordneten des Arbeitnehmerflügels, als es im neuen Bundestag zum ersten Schwur kam, bereits verrieten, was sie versprochen hatten, indem sie gemeinsam mit der FDP gegen die von der SPD geforderten Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) für Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene stimmten. Dies taten sie, obwohl sie zuvor in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken suchten, daß sie selbst das unstrittige Weihnachtsgeld mit einem eigenen Antrag fordern würden.

Die SPD wird als das soziale Gewissen unseres Volkes die christlich-sozialen Arbeitnehmer und ihre Abgeordneten immer wieder mit der Forderung der Sozialenzyklika Mater et Magistra konfrontieren: "Alle Soziallehren müssen jedoch nicht nur vorgetragen, sie müssen auch verwirklicht werden".

Sowjetdeutsche gehören nicht zum deutschen Volk ?

Von Rudolf Hornig

Sowjetbürger deutscher Herkunft sollten in den Geburtscheinern und in den sonstigen Dokumenten als Sowjetdeutsche bezeichnet werden - diese Anregung macht die Moskauer deutsche Zeitung "Neues Leben" in einem ausführlichen Beitrag, der sich mit dem Problem der Muttersprache dieser Russlanddeutschen beschäftigt. "Das würde", so setzt die Moskauer Zeitung ihre Argumentation fort, "auch den recht weitverbreiteten Irrtum ein Ende machen, diese Völkerschaft (die Sowjetdeutschen also) habe außer der Sprache, außer einer etwa zwei Jahrhunderte zurückliegenden Vorgeschichte vom Standpunkt der nationalen Zugehörigkeit etwas mit dem deutschen Volke gemein, das heute in Mitteleuropa lebt".

Schock für Ulbricht

Für das Ulbrichtregime, das sich allerdings erst in den allerletzten Jahren auf seine Weise um eine kulturelle Betreuung der rund 400 000 Deutschen in Rumänien, der etwa 500 000 Deutschen in Ungarn und der offiziell 180 000 Deutschen in der Tschechoslowakei bemüht, dürfte diese Stellungnahme der Moskauer deutschen Zeitung schon deshalb eine besondere Schockwirkung haben, weil die Russlanddeutschen heute nicht nur mit ihren rund 1,5 Millionen Personen die größte ostdeutsche Volksgruppe darstellen, sondern es bisher auch üblich war, daß zumindest die Redaktion des "Neuen Lebens" sich gegenüber den sowjetnationalen Deutschen so verhielt wie die "befreundeten" Regime in Prag, Budapest und Bukarest: man ließ sie als "fortschrittliche Avantgarde" und als "deutsches Vorbild" gelten.

Heute geht die Argumentation des "Neuen Lebens" dahin, daß während des letzten Krieges ("lächerliche Versuche der Nazis, die Sowjetdeutschen in die Kategorie der sogenannten Volksdeutschen einzureihen") die "deutschsprechende Bevölkerung Russlands schon längst eine selbständige Völkerschaft" geworden war, deren Geschichte aufs engste mit denen des großen russischen Volkes und der anderen Völker und Völkerschaften der

Sowjetunion verbunden seien. In der Sprache der Rußlanddeutschen allerdings leben die verschiedenen deutschen Dialekte, "von schwäbischen bis zu niederdeutschen Mundarten", fort, haben sich teilweise miteinander vermischt und bilden (Lit. "Neues Leben") die Basis für eine "sehr eigenartige, kernige Volkssprache". Ohne "Literatursprache" jedoch können auch die Rußlanddeutschen nicht auskommen.

Deutsch stirbt nicht aus

Den beiden sowjetdeutschen Schriftstellern Victor Klein (von der Wolga) und Alexander Reisinger (aus der Krim) beschiedenigt die Moskauer Zeitung, daß sie das richtige Verständnis für das Verhältnis zwischen Mundart und Literatursprache hätten. Sie begreifen nämlich, "daß die von den Sowjetdeutschen benutzte Literatursprache sich bei aller Eigenart den grammatikalischen und stilistischen Regeln des Hochdeutschen fügen muß (!), sonst könnten sich die Erörterer der einzelnen Mundarten nicht in dieser Sprache miteinander verständigen". Ohne Vorurterrede ist dieser Normulierung zu entnehmen, daß es sich bei der "Literatursprache" der Sowjetdeutschen ganz schlicht und einfach um das Hochdeutsche handelt, das ja von dem "in Mitteleuropa lebenden deutschen Volk" entwickelt wurde und in dem sich auch die gesamtdeutschen kulturellen Bestrebungen und Entwicklungen widerspiegeln. Eine eigene "Literatursprache" als gemeinsame Sprache der "schicksalhaften Völkerschaft", die sich vom Hochdeutschen etwa so unterscheidet wie das Amerikanische vom Englischen, haben die Sowjetdeutschen jedenfalls bisher nicht zu entwickeln vermocht. Sie legen offenbar auch keinen Wert darauf.

Etwas betrüblicher ist nachstehende Feststellung der Moskauer Zeitung: "Es wird viel darüber geklagt, daß die jüngere Generation der Sowjetdeutschen ihre Muttersprache schlecht oder überhaupt nicht beherrscht". Der Autor des Beitrages hat auch viel davon sprechen hören, daß "eine Sprache ohne kompakte Siedlungsgebiete zum Aussterben verurteilt" sei. Aber: es bestünde die Möglichkeit, auf der Basis der in der Familie gesprochenen Mundart eine "Erücke zur Literatursprache" zu schlagen und anzusetzen, daß jedes sowjetdeutsche Kind die Schule mit geliebten deutschkenntnissen verläßt. Es gelte lediglich, die vorhandenen Voraussetzungen (im Schulgesetz und in den entsprechenden Anweisungen) richtig auszuwerten. Auch kompakte Siedlungsgebiete gäbe es in der Sowjetunion, "in denen die Bevölkerung, besonders auf dem Lande, durchweg eine deutsche Mundart spricht". Die daraus gezogene Schlußfolgerung ist erfreulich: "Von einem Absterben der Sprache kann unter solchen Bedingungen keine Rede sein".

Konzentration der Köpfe

Kl. - Mancher Abgeordnete verließ am letzten Montagabend den Plenarsaal des Kieler Landtages mit einem leichten Kopfschütteln. Wieder einmal war der Ministerpräsident von Hassel (CDU) aus der Haut gefahren, abgleich Oppositionsführer Käber (SPD) die Ablehnung des Landesetats in höchst gemäßigter Form vorgetragen und mit konstruktiven Vorschlägen verbunden hatte.

Der Hinweis des Oppositionsführers aber, man brauche in der neuen Legislaturperiode, die nach der Landtagswahl Mitte September beginnt, eine Konzentration der Köpfe in der neuen Landesregierung, war es offenbar, der den Herrn von Hassel wieder einmal aus der seelischen Balance brachte. "Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit, ob wir Regierung, Mitregierung oder Opposition sein werden", sagte Käber.

Der Regierungschef aber, der sich auf die knappe Mehrheit von nur 36 Mandaten von insgesamt 69 Abgeordneten stützt, wobei er dann noch auf drei unsichere FDP-Kantonisten angewiesen ist, wirkte beleidigt laut und schroff ab. Er wolle eine Koalition aus CDU und FDP fortsetzen. Man brauche eine starke Opposition.

Nun, den Wähler von Schleswig-Holstein interessiert es natürlich schon jetzt, zu erfahren, wie man da oben in Kiel weiter taktieren will. Es hat sich nämlich herungesprochen, daß die Umrechnung des Bundestagswahlergebnisses die Hassel-Mehrheit noch geringer machen würde.

Dabei täte dem Bundesland im Norden in der Tat eine Konzentration der Köpfe bitter not. Hat doch gerade jetzt erst die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bekanntgegeben, daß Schleswig-Holstein erst an 99. Stelle in der Rangliste der EWG-Wirtschaftsräume steht. Es rangiert da etwa zwischen Sardinien und der Bretagne.

Selbst die Berichte des Statistischen Landesamtes der Regierung von Hassel untermauern das. Zum Volkseinkommen sagt die Statistik aus, daß Schleswig-Holstein beim Brutto-Inlandsprodukt den vorletzten Platz unter den Bundesländern vor Rheinland-Pfalz innehat. Für 1960, dem letzten Berichtsjahr, wurden 4204 DM je Einwohner errechnet, während doch das Nachbarland Hamburg mit 9282 DM die Spitze hält und der Bundes-

durchschnitt bei 5271 DM liegt.

Bei den Industrie-Beschäftigten, die ja nur einmal maßgebend für Volkseinkommen und Steueraufkommen sind, wird Schleswig-Holstein von allen Bundesländern weit abgehängt. Am 31.7.1961, dem letzten Zählstichtag zum Zeitpunkt der schon fast überhitzten Konjunktur, waren von tausend Schleswig-Holsteinern 75 in der Industrie tätig, während alle anderen Bundesländer weit über 100 lagen und der Bundesdurchschnitt 149 betrug. Die Zahlenbeispiele ließen sich fortsetzen.

Sie haben aber ihre tiefere Ursache in der erstaunlichen Industriefremdheit der Regierung, deren Blickpunkte sich nur allzu oft auf ein edes Subventionieren der Landwirtschaft richten. Dabei kann doch der Landwirtschaft am ehesten geholfen werden, wenn sofort daneben eine kaufkräftige Industrie-Bevölkerung für Veredelungsprodukte lebt.

So überrascht es denn nicht, daß nach diesen Hinweisen zur Landwirtschaft und Industrie des Oppositionsführers Käber schon am nächsten Tage das Organ der Industrie im nördlichen Bundesland "Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee" einen Ergänzungsbeitrag lieferte. 1950 waren Land-, Forst- und Fischwirtschaft mit einem Fünftel, 1960 aber nur noch mit einem Achtel am Brutto-Inlandsprodukt des Landes beteiligt. Daraus folgert das Industrie-Organ, "daß auch in unserem Lande der Wandel von überwiegendem Agrarland zum gemischt-wirtschaftlichen Land ein beachtliches Stadium erreicht hat".

* * *